

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 15. Dezember 2022, 19.00 Uhr, Rathaussaal

Vorsitz: Lutz Fischer-Lamprecht, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrates: 45

Mitglieder des Gemeinderates: 7

Sandra Thut, Gemeindeschreiber-Stv.

Urs Blickenstorfer, Gemeindeschreiber

Entschuldigt Marie-Christine Andres Schürch, Die Mitte CVP

abwesend: Daniel Brüllmann, FDP

Gabriela Keller, FDP

Simona Nicodet, Die Mitte CVP

1 Vakanz

Traktanden: 1. Inpflichtnahme von Rast Robin, SVP (anstelle der zurückgetretenen Scherer Sylvia, SVP) (2022-0004)

2. Legislaturziele 2023/2026; Genehmigung (2022-0801)

3. Regionalpolizei Wettingen-Limmattal; Revision Gemeindevertrag; Genehmigung (2022-0968)

4. Postulat Hiller Yvonne, glp, Burger Alain, SP, Streif Hannes, glp, Kleger Andrea, glp, Bonadei Marco, SP, Müller Heinrich, SP, Andres Schürch Marie-Christine, Die Mitte CVP, Huser Michaela, SVP, Urfer Katharina, SP, Palit Orun, glp, Savic Ema, WettiGrünen, Keller Marco, glp, vom 8. September 2022 betreffend Wegbegleitung Mittagstisch im Zyklus 1; Ablehnung (2022-1848)

5. Interpellation Bader Markus, SVP, vom 27. Januar 2022 betreffend Outsourcing (2022-0097)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Geschätzte Damen und Herren, ganz herzlich begrüsse ich Sie hier im Rathaussaal zur 9. Einwohnerratssitzung in diesem Jahr und der laufenden Legislatur. Für unsere Sicherheit ist Wachtmeisterin Seraina Roschi zuständig. Fürs Protokoll sind Bleona Sherifi und Rahel Bruderer anwesend. An Julie Böckli gehen die besten Genesungswünsche. Zu Beginn der Sitzung hören wir vier Stücke von Schülerinnen der Musikschule Wettingen. Besonders freut mich, dass auch eine aktive Einwohnerrätin unter den Vortragenden ist.

Es spielen:

- Blockflöte: Emilia Lehmann, Paula Frey, Verena Wüsthoff; "The Salley Gardens" für Blockflötentrio
- Harfe: Raya Koller; Ten past two
- Blockflöte: Chiara Albiez, Carla Duffner, Verena Wüsthoff; Aus Elisa "Engel-Terzett" für Bassblockflöten-Trio
- Klavier: Mia und Ema Savic; Sonate D-Dur für Klavier zu vier Händen KV 381,1. Satz Allegro

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

- a) **Postulat Bürlimann Martin, SVP, vom 15. Dezember 2022 betreffend Reduktion der Gesamtausgaben**

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten, Vorschläge zu substanzialer Reduktion der Gesamtausgaben der Gemeinde Wettingen zu formulieren und in geeigneter Form im Einwohnerrat zur Abstimmung zu bringen.

Begründung

Die Gemeinde Wettingen weist über 100 Millionen Franken Schulden aus. Gemäss Finanzplan der Exekutive sollen sich diese Schulden verdoppeln.

Es ist nicht akzeptabel, dass wir der nächsten Generation einen unüberwindbaren Schuldenberg hinterlassen. Daher ist die Exekutive gebeten, Vorschläge zu substanzialen Kostenreduktionen zu formulieren und in geeigneter Form zur Abstimmung zu bringen.

Der wesentliche Teil der Ausgaben der öffentlichen Hand in Wettingen ist mittlerweile gebunden. Somit kann das Parlament diese Ausgaben in der Budgetdebatte nicht senken. Es ist jedoch möglich, gebundene Ausgaben zu reduzieren oder zu streichen, wenn dies vom Gemeinderat beantragt und vom Einwohnerrat beschlossen wird.

- b) **Postulat der Mitte-Fraktion vom 15. Dezember 2022 betreffend "Mission eine Generation II" Nettoschulden max. Fr. 6'000/Einwohner**

Antrag

Der Gemeinderat soll ab dem Budget 2024 die Nettoschulden pro Einwohner auf maximal Fr. 6'000 begrenzen. Dies gilt sowohl für das Budget wie auch für den Finanzplan über die nächsten 10 Jahre. Sollte dies für den Gemeinderat nicht machbar erscheinen, so wird er gebeten Szenarien mit deren Auswirkungen auf die Erfolgs- und Investitionsrechnung sowie den Steuerfuss aufzuzeigen mit maximal Fr. 6'000, Fr. 7'000, Fr. 8'000 oder Fr. 9'000 Nettoschulden pro Einwohner.

Es soll dargestellt werden, wo zusätzlich gespart werden muss, auf welche Investitionen verzichtet bzw. welche hinausgeschoben werden müssen, und wie sich das auf den Steuerfuss auswirkt.

Begründung

Die Gemeinde Wettingen hat mittlerweile eine pro Kopf Verschuldung von Fr. 5'400 erreicht. Wie der Finanzplan aufzeigt, plant der Gemeinderat die Verschuldung auf bis zu Fr. 9'000 pro Einwohner anwachsen zu lassen. Dies ist unfair gegenüber folgenden Generationen. Wir hatten in der Vergangenheit, nachdem Wettingen gebaut war, den Steuerfuss laufend reduziert bis auf 87 %. Wir haben es aber verpasst, diesen mit anwachsenden Schulden rechtzeitig und vor allem genügend hoch anwachsen zu lassen.

Mit der selbstaufgerlegten Limite von Fr. 6'000 soll die Situation wieder ins Lot gebracht werden. Dies kann durch Sparen, Schieben bzw. Verzichten auf einzelne Investitionen sowie letztlich mit adäquaten Steuererhöhungen erreicht werden. Die Empfehlung des Kantons liegt bei Fr. 2'500 pro Einwohner. Es wären also noch immer mehr als doppelt so hoch.

0.2 Rechtskraft

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Nach Ablauf der Referendumsfrist sind die Beschlüsse des Einwohnerrats vom 19. Oktober 2022 in Rechtskraft erwachsen. Der Beschluss vom 20. Oktober 2022, welcher dem obligatorischen Referendum unterlag, wurde am 27. November 2022 abgelehnt. Wir werden uns also in der Januarsitzung noch einmal mit dem Budget befassen.

0.3 Rücktritte

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Bei mir ist folgendes Rücktrittsschreiben eingegangen:

Lieber Lutz, Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen

Nach 17 Jahren mit vielen tollen Erlebnissen, hitzigen Debatten, Erfolgen, Niederlagen – und geselligen Momenten beim Bier nach getaner Arbeit - ist es Zeit meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat Wettingen und somit auch aus der FIKO zu geben. Für mich war stets klar, dass es die letzte Legislatur sein wird. Eine schwere Erkrankung meiner Geschäftspartnerin hat nun dazu geführt, dass der Rücktritt etwas schneller kommt als für mich persönlich gewünscht und geplant. In den kommenden Monaten brauche ich möglichst viel Energie und Zeit für den Beruf und das macht es für mich unmöglich entsprechende Kapazitäten für die FIKO und die Ratstätigkeit aufzubringen. Den Entscheid habe ich bereits vor einigen Wochen gefällt, mit dem Ziel per Ende 2022 aufzuhören. Mit der Ablehnung des Budgets bin ich nun der Überzeugung, dass es den Rücktritt per sofort braucht. So bleiben immerhin noch ein paar Wochen, damit sich die FIKO entsprechend neu aufstellen kann, um im Januar das Budget 2023 Edition 2 zu prüfen.

Ich habe die Arbeit für Wettingen immer sehr gerne gemacht, insbesondere auch die Zusammenarbeit über Parteidgrenzen und Funktionen hinweg. Gerade die Tätigkeit in der FIKO hat mir viel bedeutet und war eine sehr gute Erfahrung. Eigentlich wollte ich immer erst dann zurücktreten, wenn eine seriöse Finanzpolitik nicht nur im Einwohnerrat aufgegelistet ist, sondern auch bei der Bevölkerung auf Resonanz stösst. Dies ist nun leider zum wiederholten Mal nicht geeglückt. Es scheint, dass die Zusammenhänge halt irgendwie noch nicht allgemein verständlich sind. Ich hoffe sehr und bin überzeugt, dass es euch in dieser Legislatur noch gelingen wird.

Einen grossen Dank gilt meiner Fraktion! Wir hatten gemeinsam immer wieder tolle Momente im Rathaus, aber auch abseits der lokalpolitischen Bühne. Ich durfte innerhalb der Fraktion sämtliche "Ämtli" ausführen und viel profitieren und erleben. Ebenfalls möchte ich mich bei euch allen herzlich bedanken. Es war der Mix an unterschiedlichen Einstellungen und Meinungen, welche die Arbeit im Rat so faszinierend und lehrreich machte. Ich wünsche euch alles Gute im Privaten und weiterhin viel Spass in der Politik. Es ist wichtig, dass alle politischen Funktionen (insbesondere auch die Exekutive!) attraktiv bleiben und sich stets viele und gute Kandidatinnen und Kandidaten aus allen Parteien bei Wahlen dafür aufstellen lassen.

Herzlichen Dank auch der Verwaltung und somit allen Mitarbeitenden unserer Gemeinde für ihre Arbeit und die Zusammenarbeit der letzten Jahre. Um den grossen Schuldenberg dereinst abzubauen, braucht es über Parteigrenzen und Funktionen hinweg ein top Team! Oder anders gesagt: "zäme für Wettige"

*In diesem Sinne: Macht's gut und bis bald. Man sieht sich in Zukunft sicher auch mal abseits der Politik wieder, am liebsten natürlich bei einem Wettinger Bier oder Wein.
Beste Grüsse
Thomas Benz"*

Der Rücktritt von Thomas Benz ist per sofort erfolgt. Somit ist er heute bereits nicht mehr anwesend. Gleichwohl bedanke ich mich herzlich bei ihm für sein Engagement für Wettingen und wünsche ihm alles Gute für die Zukunft.

Wassmer Christian: Thomas Benz hat nach der negativen Budgetabstimmung seinen Rücktritt erklärt. Er wollte explizit nicht in der Öffentlichkeit verabschiedet werden. Wir werden dies innerhalb der Fraktion nachholen. Ich hoffe aber, Sie behalten seine Voten gut im Gedächtnis. Für ihn wird im Januar Markus Zoller in den Einwohnerrat nachrücken. Thomas Benz war aber auch Mitglied und Präsident der Finanzkommission. Die Mitte-Fraktion wird selbstverständlich ein Ersatzmitglied stellen. Wir werden aber kein Anspruch auf das Präsidium erheben. Wir sind der Meinung, dass jene Kräfte, die das Budget nun zum wiederholten Male versenkt haben, jetzt Verantwortung übernehmen und das Präsidium stellen sollen. Ich orientiere heute darüber, damit sich alle Fraktionen über die Präsidiumsnachfolge Gedanken machen können.

0.4 Fraktionserklärungen

a) Fraktion SVP

Fricker Martin: Die Ablehnung des Budgets 2023 durch die Wettinger Bevölkerung am 27. November war sehr deutlich. Dies bei einer zugleich sehr hohen Stimmteilnahme – notabene für eine rein kommunale Abstimmung. Das Nein ist deutlich ausgefallen und keineswegs "diffus" oder "schwierig zu deuten" wie es der Gemeinderat via Medien interpretierte.

Dieses Nein zeigt sehr deutlich den Unmut der Bevölkerung mit der Politik des Gemeinderats und der Mehrheit des Einwohnerrats. Man macht es sich in diesem Hause zu einfach, der GLP und der SVP den schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben. Und es bringt auch nichts, wenn man uns ablehnende Personen pauschal verunglimpft, ja sogar als "Lügner" diffamiert, wie es ein Mitglied des Einwohnerrats im Badener Tagblatt getan hat.

Der 60 %-Nein-Anteil können nicht allein von der SVP und GLP kommen – sonst müssten die beiden Parteien ja 30 Sitze im Einwohnerrat haben. Das Abstimmungsresultat widerspiegelt die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Gemeinderat über alle Parteien hinweg. Wir von der SVP haben seit der Tägiabstimmung darauf hingewiesen, dass ungebrochenes Geld ausgeben zu Steuererhöhungen und gewaltigen Schulden führt. Wir dürfen der nächsten Generation keinen unüberwindbaren Schuldenberg hinterlassen. Auch dazu hatte die SVP einen Vorstoss eingereicht, für eine kommunale Schuldenbremse; leider wurde dieser jedoch vom Gemeinderat ignoriert.

Es ist – mit Blick auf die nahe Zukunft – auch nicht Sache des Einwohnerrates das vorgelegte Budget mit dem Rasenmäher zu kürzen. Die Budgetierung liegt in der Hoheit des Gemeinderates und es ist sein Job, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren. Nach verlorener Abstimmung die Fraktionen zu beschuldigen, sie hätten am runden Tisch keine vernünftigen Vorschläge zur Reduzierung des Aufwandes vorgebracht, ist wenig hilfreich und ein bisschen zu einfach.

Die erneute Ablehnung des Budgets ist u.E. aber auch eine Chance für Wettingen. Der Gemeinderat hat nun die Möglichkeit, die finanzpolitischen Hausaufgaben zu machen und bei den grossen Budgetposten Einsparungen vorzunehmen. Mit dem neuen Vertrag der Regionalpolizei hat ja der Gemeinderat selbst gerade ein positives Beispiel geschaffen.

b) Fraktion FDP

Mollet Desirée: In der letzten Zeit ist uns von der Fraktion FDP aufgefallen, dass sich unsere Diskussionen vermehrt um formelle Fragen zum Ablauf von Abstimmungen von Geschäften drehen. Das jüngste Beispiel war die Abstimmung über die Kenntnisnahme des Aufgaben- und Finanzplans. Wir begrüssen es zwar, dass der Gemeinderat teils Geschäfte zur Kenntnisnahme unterbreitet. Das vereinfacht unsere Arbeit, indem es uns wertvolle Zusatzinformationen zu künftigen Kreditanträgen oder Grundsatzentscheidung gibt. Über eine Kenntnisnahme abzustimmen, erscheint uns allerdings sinnlos oder besser gesagt sinnentleert. Wir würden uns daher für die Zukunft Wünschen, dass das Büro des Einwohnerrates in formaljuristischen Fragen stärker unterstützt und kompetent beraten wird, damit wir in Zukunft mehr über den Inhalt der Geschäfte und weniger über Nebenschauplätze sprechen können.

0.5 Traktandenliste

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Vielleicht ist es Ihnen aufgefallen, dass die Protokolle nicht traktandiert sind. Einerseits liegt das an der Arbeitsbelastung der Kanzlei. Die Protokolle vom 19. und 20. Oktober 2022 sind noch nicht fertig, obwohl sie nach Reglement heute vorliegen sollten. Ich bitte Sie, dies zu entschuldigen. Andererseits werden Protokolle, auch wenn sie fertig sind, nicht mehr im Einwohnerrat traktandiert. Im Einwohnerratsreglement, das seit Beginn dieser Legislatur gilt, steht im § 19 Abs. 4: *Protokollberichtigungsbegehren, mit denen Änderungen oder Ergänzungen verlangt werden können, sind dem Präsidium innerhalb 20 Tagen seit der Publikation schriftlich und mit Kopie an das Ratsbüro einzureichen. Über solche Begehren entscheidet das Präsidium. Der Entscheid kann an das Ratsbüro weitergezogen werden, welches abschliessend entscheidet. Danach gilt das Protokoll als genehmigt.*

Wir müssen somit das Protokoll nicht mehr im Rat behandeln. Ich habe die Kanzlei gebeten, uns jeweils über die Veröffentlichung des Protokolls zu informieren. Ab dieser Information beginnt die 20-tägige Frist zu laufen.

Fricker Martin: Bedeutet das, dass wir auch keinen Entwurf mehr zugestellt erhalten?

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Doch, der Votantenversand bleibt nach wie vor gleich bestehen. Die Erarbeitung und die Qualität des Protokolls werden nicht schlechter. Es wird einfach nicht mehr im Rat traktandiert.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1 Inpflichtnahme von Rast Robin, SVP (anstelle der zurückgetretenen Scherer Sylvia, SVP) (2022-0004)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident:

Der Einwohnerratspräsident nimmt

Robin Rast, SVP

in Pflicht, heisst ihn als Einwohnerrat herzlich willkommen und wünscht ihm für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

2 Legislaturziele 2023/2026; Genehmigung (2022-0801)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat hat uns das Legislaturprogramm 2023/2026 in Form eines Traktandenberichts sowie die Legislaturziele vorgelegt. Auch wenn der Einwohnerrat gemäss Gemeindeordnung die Legislaturziele genehmigen muss, ist es letztlich ein Kenntnisnahmengeschäft. Wir können den Gemeinderat nicht per Legislaturprogramm zwingen, etwas zu machen, dass er nicht will. Das Streichen von Massnahmen kann über das Budget oder allfällige Kreditanträge gesteuert werden. Weil der Einwohnerrat die Ziele aber genehmigen muss, sind aus meiner Sicht Anträge zulässig. Nach dem Votum der GPK werde ich dem Gemeindeammann das Wort für einleitende Sätze erteilen. Anschliessend folgen die Voten der Fraktionen und allfälliger Einzelvotanten. Danach werde ich relativ zügig die einzelnen Kapitel aufrufen, damit dazu allfällige Anträge gestellt, diskutiert und abgestimmt werden können.

Camponovo Christa: Die GPK konnte wieder einmal ein Geschäft prüfen, das kommt ja nicht so oft vor. In der Gemeindeordnung steht explizit, dass die GPK eine "Stellungnahme zu den Legislaturzielen zuhanden des Gemeinderats und Einwohnerrats" abzugeben hat. Die Genehmigung ist dann Sache des Einwohnerrats. Die Ziele selbst sind aber die Ziele des Gemeinderats. Die GPK hat sich mit dem vorliegenden Legislatur-Programm des Gemeinderats auseinandergesetzt. Wir haben Roland Kuster im Vorfeld der GPK-Sitzung und an der Sitzung selbst viele Fragen vorgelegt, welche er bereitwillig beantwortet hat. Dafür sei ihm gedankt. Viele Fragen betrafen Begriffe und Aussagen, welche wir konkretisiert oder hinterfragt haben wollten.

Der Gemeinderat hat für das Legislaturprogramm sechs Schwerpunkten erarbeitet, welche je einen Leitsatz, Legislaturziele und entsprechende Schlüsselmaßnahmen enthalten. Die Leitsätze stellen ein Kontinuum in der längerfristigen Zukunftsplanung dar und sollen zukunftsweisend den wachsenden Herausforderungen der heutigen Zeit begegnen.

Beim Vorbereiten dieses Votums ist mir eingefallen, dass eine Nummerierung hilfreich gewesen wäre. Ein Tipp für das nächste Mal.

Würdigung: Die Notwendigkeit einer umsichtigen Weiterentwicklung der Gemeinde angesichts der bekannten und benannten Herausforderungen sind vom Gemeinderat erkannt. Die Fokussierung auf die priorisierten Themen dient dem Gemeinderat als "Leitplanke" und wirkt einer "Verzettelung" der Ressourcen entgegen.

Nebst den Schwerpunkten hat der Gemeinderat weitere ressortbezogene Ziele gesetzt, welche die Leitsätze konkretisieren und überprüfbar machen sollen. In der Kommission wurde auch die Meinung vertreten, dass es keinen Sinn macht, nach der Budget-Abstimmung diese Ziele weiterhin zu verfolgen. Der grösste Teil der Kommission war aber nicht dieser Meinung.

Revision allgemeine Nutzungsplanung: Die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung ist überfällig. Ökologische, klimaoptimierende und energiesparende Massnahmen sind quasi als Matrix über alle Ziele gesetzt; die Dringlichkeit angesichts des Klimanotstandes ist offenbar erkannt. Bleibt zu hoffen, dass diese Matrix nicht über den Köpfen schweben bleibt, sondern konkret in die Umsetzung von Projekten einfließt. Der Ansatz einer "Planung im funktionalen Raum" ist wichtig und ein Gebot der Zeit. Er bedeutet, dass Wettingen nicht nur in einzelnen Ressorts und nicht nur für sich selber plant. Vernetzte Planung mit partizipativen Ansätzen ist angesagt.

Schulraum: Hier wurde darauf hingewiesen, dass der Schulraum auch Platz für schulergänzende Angebote und Betreuung enthalten muss – der Begriff Schulraum soll also weit gefasst werden.

Digitalisierung: Die Weiterentwicklung der Digitalisierung wird explizit begrüßt, ebenso die Zusammenarbeit mit den Projekten des Kantons.

Hochwasserschutz: Der Hochwasserschutz ist eine Aufgabe "von oben", das heisst, sie muss im Rahmen übergeordneter gesetzlicher Vorgaben und Fristen erfüllt werden. Falls dann wirklich das Jahrhundertereignis von oben kommt, wäre die Gemeinde allenfalls haftbar, wenn sie nichts unternommen hat.

Sportpolitik: Der Masterplan Aussensportstätten betrifft die Umsetzungsebene, nicht die Strategie. Bedürfnisse der Sportvereine und die finanziellen Möglichkeiten müssen nach Aussagen von Roland Kuster gut gegeneinander abgewogen werden. Mit Professionalisierung sei die immer noch fehlende Sportkoordination im Fokus. Die jetzige Situation ist offenbar chaotisch und aufwändig – eben unprofessionell.

Schule: Hier wird die einheitliche Führung als Ziel formuliert. In der Kommission wurde die Frage gestellt, was darunter zu verstehen sei und es wurden Zweifel geäussert, ob dies die einzige Antwort ist, den anstehenden Herausforderungen adäquat zu begegnen.

Kultur/Sport/Gesellschaft: Schön, dass Wettingen ein breites Kulturleben fördern will. Die aufgeführten Schlüsselmaßnahmen betreffen vorwiegend die Bildende Kunst. Als Liebhaberin dieser Sparte erlaube ich mir trotzdem einen Wink mit dem Zaunpfahl: Kultur wird nicht nur im Kunstatelier und in sogenannten Leuchttürmen gepflegt.

Nicht zuletzt ist sich der Gemeinderat offensichtlich bewusst, dass die gesetzten Ziele nur in Zusammenarbeit und mit der Unterstützung von Politik und Bevölkerung zu erreichen sind. Das ist ein Signal und eine Verpflichtung, auch für uns Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat mit 6 Ja- zu einer Nein-Stimme bei 7 Anwesenden das Legislaturprogramm 2023 -2026 zu genehmigen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Entgegen den üblichen Abläufen ergreife ich jetzt das Wort, um das Legislaturprogramm richtig einordnen zu können. Ich möchte den Begriff "Programm" ins Zentrum stellen.

Bereits vor längerer Zeit habe ich mit Alain Burger darüber diskutiert, dass der Gemeinderat doch an einer Strategie bzw. Programm arbeiten soll. Zu Beginn haben wir uns etwas schwer damit getan, haben die Aufgabe aber angepackt und rund 60 Leitsätze definiert. In der Zwischenzeit sind die Herausforderungen nicht weniger geworden. Diese Herausforderungen müssen strukturiert und fokussiert werden. Wir haben uns deshalb daran gemacht, auch bei der alten Logik der Schlüsselmaßnahmen und Leitsätzen eine Fokussierung vorzunehmen und in diesem Sinne Schwerpunkte zu bilden. Bei der Erarbeitung der Schwerpunkte war das Budgetthema noch nicht virulent. Wir haben uns aber gefragt, welche Ziele wir wie und wann umsetzen können. Es muss und kann nicht alles umgesetzt werden. Wie dies bei uns der Fall war, wird der Gemeinderat der kommenden Amtsperiode gewisse Aufgaben weiterführen müssen. Wir können nicht weiterhin 60 Schlüsselmaßnahmen definieren und diese jährlich rapportieren. Deshalb haben wir uns für das Setzen von Schwerpunkten entschieden. Ein Fokus nur auf einjährige Budgets darf es nicht geben. Nur weil wir das Budget 2023 noch nicht in trockenen Tüchern haben, dürfen wir jetzt nicht an den Legislaturzielen Änderungen vornehmen. Der Gemeinderat hat ein Gesamtprogramm erarbeitet und Ihnen vorgelegt. Er will daran arbeiten und nicht nach einem halben Jahr wieder alles hinterfragen. Bereits in der Vergangenheit haben wir die Logik angewendet, dass das Legislaturprogramm jeweils das erste Jahr der neuen Legislatur miteinschliesst. Es macht Sinn, dass ein neu gewählter Gemeinderat im ersten Legislaturjahr die Legislaturziele erarbeitet, die dann wieder für die kommenden vier Jahre gelten.

Es kann nicht sein – und ist nicht im Interesse des Gemeinderats und des Einwohnerrats – dass Sie durch Anträge zu den Legislaturzielen parlamentarische Vorstösse umgehen und den Gemeinderat mit Umsetzungen beauftragen. Wie es der Einwohnerratspräsident zu Beginn erwähnt hat, sind es die Ziele des Gemeinderats. Sie können die Ziele diskutieren und der Gemeinderat wird die Anregungen aufnehmen und in Erwägung ziehen. Sollten Anträge gestellt werden, die eigentlich über den ordentlichen Weg von parlamentarischen Vorstößen eingereicht werden müssten, werden wir uns entsprechend dagegen wehren.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Das Eintreten ist nicht bestritten.

Gründisch Julien: Die Fraktion SP/WG bedankt sich beim Gemeinderat für das Vorlegen seiner Legislaturziele. Wir erachten das als ein sinnvolles Werkzeug, weil es erkennen lässt, wohin die Reise führen soll. Diese Legislaturziele sind darauf ausgerichtet, die Gemeinde für die Zukunft fit zu machen, mit Blick auf die anstehenden strukturellen und ökologischen Herausforderungen, die auf uns zukommen. Es geht also vor allem darum sicherzustellen, dass die Gemeinde in Zukunft funktionieren kann! Der Gemeinderat zeigt auch Verantwortungsbewusstsein, wenn er Energieeffizienz, Biodiversität und Hochwasserschutz in seinen Legislaturzielen berücksichtigt.

Mit Blick auf die Ablehnung des Budgets 2023 durch einen Viertel der Stimmberchtigten kann man sich aber fragen, ob Wettingen sich diesen Herausforderungen tatsächlich stellen kann. Die eigentliche Herausforderung ist ja diese: Wie machen wir den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern klar, dass ein zukunftsfähiges Wettingen mit Sparen alleine nicht zu haben ist, wenn sie es nicht glauben wollen? Deshalb müsste man eigentlich das Ressort-Ziel «Gemeinde kommuniziert adäquat» priorisieren, denn offenbar gelingt eben das zurzeit nicht.

Nebst seiner Sport-Freundlichkeit soll Wettingen, gemäss ressortbezogenen Zielen, als attraktive Arbeitgeberin glänzen. Wenn man an den akuten Lehrpersonen- und Fachkräftemangel denkt, kann das sicher nicht schaden. Wettingen soll für Sicherheit

stehen, auch im Verkehr, betrachtet sie sich als Generationenstadt und möchte das Kulturleben weiterentwickeln – da hätten wir gerne auch die Vereine erwähnt gehabt.

Wettingen beabsichtigt ein Konzept für die Tagesschule zu erarbeiten; ein Konzept als Ziel ist aber leider noch keine Realisierung. Auf jeden Fall sollte dieses Konzept zeitnah vorliegen, damit es in den aktuellen Planungen zur Schule Wettingen berücksichtigt werden kann.

Als Fraktion mit "Sozial" im Namen, stellen wir fest, dass im Bereich der Sozialhilfe – immerhin ein Gemeinderatsressort, kein Ziel formuliert ist. In Anbetracht der steigenden Zahl von Geflüchteten und der enger werdenden finanziellen Situation für viele ist zu erwarten, dass auch hier grosse Herausforderungen auf die Gemeinde zukommen. Wir hoffen, dass die Gemeinde in diesem Bereich gut aufgestellt und gewappnet ist, damit sie die Herausforderungen menschenwürdig meistern kann.

Persönlich wünschte ich mir, dass in Wettingen der Austausch zwischen Generationen und Kulturen gefördert und gestärkt würde und dass man aktiv animieren würde, das vielfältige Angebot an Vereinen, Kulturellem und an Weiterbildungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Denn das füllt Wettingen erst mit Leben. Und ist bestes Standortmarketing. Die Fraktion SP/WG stimmt den Legislaturzielen zu.

Rechsteiner Lukas: Die Mitte-Fraktion bedankt sich für das ausführliche Legislaturprogramm. Es ist gut, dass sich der Gemeinderat sechs Schwerpunkte ausgesucht hat. Lieber ein Fokus auf wenige Schwerpunkte als auf viele Details. Es macht Sinn, dass das Hauptaugenmerk in den kommenden Jahren auf Punkte gelegt wird, die schon aufgegleist sind. Neben der neuen Bau- und Nutzungsordnung sind das die Umsetzung der ausführlichen Planung des Schulraums, der Sportplätze und der Immobilien. Dazu haben wir bereits viel Informationen erhalten und wissen, was auf uns zukommen wird. Es ist aber klar, dass der weiterhin tiefe Steuerfuss nicht gut mit den bevorstehenden Investitionen zusammenpasst. Wir hoffen, dass die geplanten Vorfinanzierungen von kommenden Grossinvestitionen helfen, Klarheit zu schaffen. Es wäre zu begrüßen, wenn wir als Einwohnerrat zusammen mit dem Gemeinderat Lösungen finden, mit denen Wettingen attraktiv bleibt und wir uns nicht ständig bekämpfen und gleichzeitig zuschauen, wie die Schulden immer mehr ansteigen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass gewisse Investitionen in den kommenden Jahren nötig sein werden.

Es ist gut, dass die Digitalisierung einen weiteren Schwerpunkt bildet, da hier noch viel Potential vorhanden ist. Bei der Digitalisierung ist es einfach wichtig, dass sie wirklich einen Gewinn bringt und man es nicht einfach macht, weil es im Trend liegt. Erst wenn Projekte vom Anfang bis zum Ende digital ablaufen, ist es gewinnbringend. Wenn trotzdem noch viel manuell gemacht werden muss, nützt das wenig. Bei den Prozessen soll aber die ältere Generation nicht vergessen gehen.

Wir sind erfreut, dass die Nachhaltigkeit an mehreren Stellen Platz gefunden hat im Programm. Es ist wichtig, dass der Beschattung und der Biodiversität bei neuen Projekten noch mehr Beachtung geschenkt werden. Endlich soll es auch ein Konzept für den Velo- und Fussverkehr geben – es ist höchste Zeit. Im Langsamverkehr liegt viel Potential, weil man mit wenig Platzverbrauch viel erreichen kann. Wir hoffen auf ein mutiges Konzept, welches zeitnah umgesetzt und wirklich etwas bewegen wird.

Ein Fragezeichen stellt sich ums beim Hochwasser. Eigentlich ist es ein sehr wichtiges Projekt, damit Liegenschaften im alten Dorfteil und entlang des Baches vor grossen Hochwassern geschützt werden können. Grosse Hochwasser werden in Zukunft wohl häufiger auftreten. Das Problem werden aber auch hier die Finanzen sein. Wir möchten

aber, dass der Gemeinderat zuerst das genaue Projekt inkl. Kosten vorlegt, bevor wir entscheiden, ob es überhaupt drin liegt oder zu welchem Zeitpunkt wir das umsetzen wollen.

Das Ziel zum Personal – Gemeindepersonal im Rathaus und bei den Lehrpersonen – ist sehr technisch ausgefallen. Ein professionalisiertes HR, vereinheitlichte Führungsgrundsätze und einheitliche Qualitätsstandards sind sicher gut. Wichtig ist aber, dass dabei die Menschen dahinter nicht vergessen gehen. Wertschätzung des Personals trotz knapper Finanzen, motivierte Lehrpersonen und ein gutes Schulklima sind genauso wichtig und wir hoffen, dass das mindestens so viel Aufmerksamkeit erhält.

Die Mitte-Fraktion unterstützt das Legislaturprogramm in der vorliegenden Form. Wir hoffen, dass in Wettingen viele – von der zum Teil grossen – Zielen umgesetzt werden und wir hier im Rat den Gemeinderat positiv unterstützen können – zum Wohl unserer Gemeinde.

Ernst Manuela: Die glp-Faktion ist mit der Stossrichtung der meisten Legislaturziele grundsätzlich einverstanden. Viele Überlegungen sind im Sinne der glp – andere nicht. Da werden wir uns erlauben, entsprechende Anträge zu stellen. Dass man Schwerpunkte definiert hat, ist sicherlich sinnvoll. Es macht es aber nicht unbedingt einfacher. Bereits der Vergleich mit dem letzten Legislaturprogramm ist nicht einfach, da beispielsweise die Titel nach Ressort nicht mehr überall korrespondieren. Die Einteilung Schwerpunktziele und weitere Ziele ist vielleicht schön anzuschauen, aber die Arbeit wird damit erschwert. Eine Tabelle wäre einfacher lesbar und vergleichbar gewesen – ähnlich der Aufstellung der Ziele im Rechenschaftsbericht. Nun hat es aber auch pendente Ziele des letzten Legislaturprogramms, die nicht ins neue Programm übernommen wurden. Wir können im Rechenschaftsbericht 2022 prüfen, was mit diesen Zielen ist. Aber was passiert, wenn diese dann immer noch pendent sind? Verlaufen diese einfach im Sand?

Es fällt auf, dass gewisse Ziele – speziell bei den Schwerpunkten – sakrosankt formuliert sind. Dass es aber einen Einwohnerrat bzw. ein Stimmvolk gibt, dass das letzte Wort hat und alles zum Scheitern bringen kann, wurde ausser Acht gelassen. Einzig beim Hochwasserschutz scheint man sich dieser Tatsache bewusst gewesen sein. Alle anderen Ressorts scheinen davon überzeugt, dass ihre Projekte erfolgreich sein werden und kein Gegenwind zu erwarten ist. Dabei sollte der Gemeinderat langsam wissen, dass man dabei auch auf die Nase fallen kann. Sollte es zu Korrekturen am Legislaturprogramm kommen, bitten wir den Gemeinderat, darüber nachzudenken.

Es ist stossend, dass die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung noch immer nicht umgesetzt ist. Man hat nicht nur die Erreichung des Legislaturziels verpasst, sondern auch die Frist zur Erledigung gemäss Baugesetz. Diese ist nämlich im September 2021 abgelaufen. Viele Bauprojekte warten darauf, nach der neuen Bauordnung bauen zu können. Es ist einfach nicht ganz klar, was so lange auf sich warten lässt. Beim Ziel zu den Finanzen erlauben wir uns einen Antrag zu den gemeindeeigenen Aktiengesellschaften zu stellen. Nach einem guten Sommer sind wir gespannt, wie der Jahresabschluss der Tägi AG aussieht und hoffen, dass die AG künftig die Rechnung der Gemeinde Wettingen entlasten kann. Bei der Bildung war im letzten Legislaturprogramm aufgeführt, dass Wettingen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Im vorliegenden Programm fehlt dieser Leitsatz. Wir werden beantragen, dass dies wieder aufgenommen wird. Richtigerweise müsste dann auch die Schlüsselmaßnahme der Tagesschule verschoben werden. Auf das Konzept sind wir sehr gespannt. Wir wünschen uns aber, dass dies nicht nur erarbeitet, sondern auch

möglichst bald umgesetzt wird. Beim Verkehr sind gewisse Projekte aus dem letzten Programm noch "on hold". Ob diese wirklich umgesetzt werden, ist noch offen. Wir sind der Meinung, dass noch mehr gemacht werden muss. Es braucht Massnahmen, dass die Diskrepanz zwischen dem Langsamverkehr und dem motorisierten Verkehr nicht mehr so gross ist. So werden wir einen Antrag zur flächendeckenden Einführung von Tempo 30 stellen.

Dies steigert die Sicherheit und reduziert den Lärm. Beim Kanton hat man dies auch erkannt und es ist ein Bedürfnis gewisser Gemeinden, auch Tempo 30 auf Kantonsstrassen einzuführen. Beim Konzept für den Langsamverkehr möchten wir eine Ergänzung, dass dies nicht nur erstellt, sondern auch umgesetzt ist.

Für die glp ist es klar, dass die Legislaturziele kein Freipass für Stellenerhöhungen sind. Auch wenn man gewisse Tendenzen daraus ablesen kann. Wir erwarten, dass die Ziele aus dem Legislaturprogramm prioritär behandelt werden. Es ist stossend zu hören, dass Projekte aus dem letzten Legislaturprogramm – wie beispielsweise der Park im alten Friedhof – nicht umgesetzt werden konnte aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen. Andererseits hatte man Geld für das Luftschloss 975 Jahre Wettingen, das mit keinem Wort im alten Legislaturprogramm erwähnt war. Da aber für das Jubiläum Personen im Dunstkreis der Lokalpolitik lobbyiert haben, sprach der Einwohnerrat Fr. 300'000 – also einen halben Fussballrasen – für das Jubiläum. Wir von der glp werden auch weiterhin solche ad hoc-Beschlüsse nicht unterstützen, sondern uns für die nachhaltige Umsetzung der Legislaturziele einsetzen. Wir danken dem Gemeinderat für die Ausarbeitung der Ziele und werden uns im Laufe der Beratung entscheiden, ob wir diese unterstützen oder nicht.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Es liegen mir zwei Rückweisungsanträge der FDP- und der SVP-Fraktion vor. Ich bitte die Fraktionen, diese vorzutragen. Anschliessend werden wir darüber diskutieren und abstimmen.

Gähler Judith: Ich werde mein Votum in Namen der Fraktion FDP in vier Untertitel gliedern: Dank – Als Einwohnerrat die Ziele lesen – unsere Rückmeldungen – Konsequenz

Dank: Die Fraktion FDP bedankt sich beim Gemeinderat für das Vorlegen der Legislaturziele. Sie sind neben dem Finanzplan eines der wichtigsten Arbeitspapiere für die strategische Führungsebene der Gemeinde. Legislaturziele oder strategische Ziele – so benennt der Gemeinderat die Legislaturziele auch – dienen der Qualitätssicherung und Qualitätskontrolle und legen den Rahmen für die operative Führungsebene vor. Ziele dieser Art sollte messbar und spezifisch sein.

Als Einwohnerrat die Ziele lesen: Die Fraktion FDP hat die Ziele eingehend studiert, denn auch für uns Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen geben die Ziele einen Entwicklungsrahmen bekannt. Die Fraktion FDP hat in den Zielen vor allem Folgendes gesehen: Der Fokus liegt auf Geld ausgeben und nicht Geld sparen. So fehlen Ziele zur strukturellen Entwicklung, welche die Ertragsseite positiv beeinflussen könnten eigentlich komplett. Obwohl sechs Schwerpunkte gesetzt wurden, ist eine Fokussierung auf das Wesentliche nicht ersichtlich. Im Gegenteil, einige Ziele suggerieren einen Leistungsausbau. Die Fraktion befürchtet, dass der Gemeinderat durch die Genehmigung der Ziele sich berechtigt fühlt, das Geld für die Erreichung der Ziele auch ausgeben zu dürfen. Leider sind wir über das eine oder andere Ziel gestolpert. Sie unterscheiden sich stark in der Formulierung und sind oftmals weder messbar noch spezifisch. Wir begrüssen zwar die sechs Schwerpunkte wundern uns aber über die anschliessende Auflistung. Bei strategischen Zielen gilt – weniger ist mehr. Wir finden, die vorliegende Broschüre ist "mehr". Obwohl auch dazu zu ergänzen

ist, dass bei einigen Ressort mehr auch mehr gewesen wäre. Als Einwohnerrat werden wir keine Anträge stellen, weil wir der Meinung sind, dass die Formulierung der Legislaturziele Sache der strategischen Führungsebene ist und nicht des Einwohnerrats.

Unsere Rückmeldungen: Nutzungsplanung: An die Revision der Nutzungsplanung haben wir hohe Erwartungen. Darin könnte der dringend notwendigen Strukturwechsel verankert werden, indem attraktive Wohn- und Gewerberäume herbeigeführt werden.

Finanzen: Erfreulicherweise spiegeln diese Legislaturziele genau jene finanzielle Haltung, welche wir uns wünschen: "Selbstfinanzierung steigern", "Abbau Schuldenlast" und "Investitionen priorisieren" oder "beim Aufwand sparen". Einzig bei der Massnahme mit der Steuererhöhung – welche wir durchaus als notwendig erachten – fehlen uns zusätzliche Massnahmen, um weitere Einnahmequellen zumindest zu untersuchen. Wir stellen aber auch fest, dass dieses Legislaturziel gewissermassen im Widerspruch mit den meisten anderen Zielen steht. Viele der aufgelisteten Ziele brauchen für ihre Umsetzung Massnahmen, die wiederum Investitionen oder Aufwände notwendig machen.

Digitalisierung: Diesen Schwerpunkt begrüssen wir. Es ist an der Zeit, dass die Verwaltung nach aussen als moderner Dienstleister auftritt und nach innen, mittels der Digitalisierung die Effizienz zu steigern und Prozesse zu optimieren. So sollte auch die Verwaltung entlastet werden können.

Hochwasser: Auch wenn die Kosten für den Hochwasserschutz hoch sind, so muss sorgfältig abgewogen werden, ob und wie Investitionen in diesem Bereich eingespart werden könnten. Das Projekt soll so weit als möglich und sinnvoll über die Jahre gestreckt werden, ohne dass die Möglichkeit der Subventionen entfällt.

Sportpolitik: Die zwischen den Zeilen zu lesenden Stellenschaffung für die Professionalisierung der Sportkoordination können wir nicht nachvollziehen. Einen Leistungsausbau wollen wir bei den Wurzeln bekämpfen und appellieren daher an den Gemeinderat, diese Schlüsselmaßnahme zu streichen.

Kultur: Schon hinter den Leitsatz stellt die Fraktion FDP ein Fragezeichen. Wettingen hat als einer ihrer Leuchttürme die Sportstadt definiert. Von Kulturstadt war nie die Rede – ein breites Kulturangebot suggeriert aber genau das. Eine kreative Weiterentwicklung des Wettinger Kulturlebens ist ein Nice-to-Have und wird offensichtlich auch von der Bevölkerung nicht gewünscht.

Bildung: Seit dem 1. Januar 2022 liegt die Verantwortung für die Schule beim Gemeinderat. Mit der Ausarbeitung der Legislaturziele hätte der Gemeinderat das erste Mal die Möglichkeit gehabt, diese strategische Verantwortung unter Beweis zu stellen. Mit grossem Erstaunen hat die Fraktion FDP die zwei Legislaturziele für die Abteilung Bildung gelesen. Nachdem das erste Ziel auf Seite 5 den Raum beinhaltet, welchen der Gemeinderat von je her schon immer zur Verfügung stellen musste, setzt er seinen zweiten Fokus auf eine einheitliche Führung. Das tönt nach einem Führungsverständnis, das in den Augen der Fraktion FDP weit aus dem letzten Jahrhundert stammt und mehr als überholt ist. Wie die aufgelisteten Schlüsselmaßnahmen auf dieses Ziel passen sollen, ist uns schleierhaft. Wir sprechen in der Schule seit Jahren von Individualisierung und nun geht es zurück zur einheitlichen Führung. Da fragen wir uns schon: "Wirklich? So sieht der Gemeinderat seine strategische Verantwortung? Genügend Raum und einheitliche Führung? Keine pädagogische Ausrichtung? Kein Ziel für das Wohl und die Entwicklung der Kinder?"

Da können wir nur einmal mehr sagen, schade. Schade für die Schule und vor allem für die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrpersonen.

Raumordnung: Mit der Immobilienstrategie wurde ein solides Werkzeug für die künftige Erhaltung und Bewirtschaftung der Gemeindeimmobilien geschaffen. Hier erwartet die Fraktion allerdings, dass bei den Massnahmen klare Prioritäten gesetzt und diese auf das Notwendige reduziert werden.

Volkswirtschaft: Wir alle wissen, dass es der Standortförderung wegen krankheitsbedingten Ausfällen vor allem an personellen Ressourcen mangelt. Das Limmattal gehört zu den am dichtesten besiedelten Gebieten in der Schweiz.

Gerade unter dem Blickwinkel der finanziellen Lage, kann es sich Wettingen nicht leisten die Standortförderung und somit die strukturelle Entwicklung von Wettingen stiefkindlich zu behandeln. Wettingen muss sich positionieren, denn nur so kann Wettingen auf den Zug des florierenden Limmattals aufspringen. Unter diesem Blickwinkel kommt dieses Legislaturziel schon sehr mager daher. Da würden wir vom Gemeinderat schon etwas mehr Innovationsgeist erwarten.

Konsequenz: Wie ich ganz am Anfang gesagt habe, sind der Finanzplan und die Legislaturziele die wohl zwei wichtigsten Arbeitspapiere für den Gemeinderat. Die beiden Papiere bedingen sich gegenseitig. Das heisst: Die vorliegenden Legislaturziele richten sich mehrheitlich nach dem Aufgaben- und Finanzplan des Gemeinderates – was absolut Sinn macht. So kennt der Gemeinderat bereits heute das ungefähre Preisschild seiner Ziele. Die letzte Urnenabstimmung der Bevölkerung hat jedoch gezeigt, dass das Volk nicht gewillt ist, die Investitionen in diesem Umfang in Form von Steuererhöhungen zu tragen. Es ist nach Ansicht der FDP-Fraktion daher unabdingbar, dass die Investitionen resp. Legislaturziele überprüft werden müssen. Denn der Gemeinderat hat sich für die nächsten vier Jahre hohe und teils auch finanzintensive Ziele gesteckt. Die FDP-Fraktion beantragt daher, dass die Legislaturziele dem Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen werden. Dabei soll sowohl der Umsetzungszeitraum als auch das Investitionsvolumen überprüft werden.

Unser Rückweisungsantrag lautet wie folgt: Antrag auf Rückweisung der Legislaturziele 2023/2026: Die vorliegenden Legislaturziele richten sich mehrheitlich nach dem Aufgaben- und Finanzplan des Gemeinderats – was absolut Sinn macht. So kennt der Gemeinderat bereits heute das ungefähre Preisschild seiner Ziele. Die letzte Urnenabstimmung der Bevölkerung hat jedoch gezeigt, dass das Volk nicht gewillt ist, die Investitionen in diesem Umfang in Form von Steuererhöhungen zu tragen. Es ist nach Ansicht der FDP-Fraktion daher unabdingbar, dass die Investitionen resp. Legislaturziele überprüft werden müssen. Denn der Gemeinderat hat sich für die nächsten vier Jahre sehr hohe und teils auch sehr finanzintensive Ziele gesteckt. Die FDP-Fraktion beantragt daher, dass die Legislaturziele dem Gemeinderat zur Überarbeitung zurückgewiesen werden. Dabei soll sowohl der Umsetzungszeitraum als auch das Investitionsvolumen überprüft werden.

Bürlimann Martin: Die SVP-Fraktion hat ebenfalls einen Rückweisungsantrag eingereicht. Es wurde bereits vieles ausgeführt. Unser Hauptargument ist das Abstimmungsergebnis von Ende November. Es waren nicht 25 Prozent, die abgelehnt haben – ich finde das eine etwas spezielle Auslegung des Abstimmungsergebnisses – es waren 60 Prozent. Letztes Mal waren es über 70 Prozent die sich gegen einen weiteren Ausbau der Verwaltung und gegen den Schuldenzuwachs gewehrt haben. Unserer Meinung nach wurden die Legislaturziele erstellt im Hinblick darauf, dass das Budget angenommen wird. Nun kam das Budget nicht durch und es ist für uns klar,

dass dies berücksichtigt werden muss. Ein Rückweisungsantrag genügt, weshalb wir unseren zurückziehen.

Scherer Kleiner Leo: Das abgelehnte Budget gilt für ein Jahr. Das Legislaturprogramm ist auf vier Jahre ausgelegt. Es ist mir nicht klar, weshalb ein Legislaturprogramm für vier Jahre weggeworfen bzw. radikal überarbeitet werden muss, weil ein Budget für ein Jahr in einem ersten Schritt abgelehnt wurde. Weiter möchte ich auf die Dynamik dieser Steuerfussabstimmungen hinweisen. Die erste Abstimmung haben die Gegner mit 73 Prozent gewonnen, die zweite mit 60 Prozent. Das bedeutet, dass ihr 13 Prozent verloren habt. Und jene, die den Steuerfuss erhöhen möchten, haben 13 Prozent gewonnen. Noch eine solche Runde und ihr seid bei 47 Prozent und wir Befürworter bei 53 Prozent. Also, bitte keinen Katzenjammer veranstalten – der Trend geht in die richtige Richtung.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Ich verstehe nicht, was der Gemeinderat nun tun soll, aufgrund des doch eher diffusen Votums der FDP-Fraktion. Auf der einen Seite sind wir anscheinend sehr gut unterwegs. Wir haben uns hohe Ziele gesetzt. Es ist der Wunsch des Gemeinderats, diese Ziele zu erreichen – selbstverständlich zusammen mit dem Einwohnerrat. Es ist aber auch nicht so, dass wir das einfach alleine machen – so wie es uns von der glp vorgeworfen wurde. Selbstverständlich brauchen wir euch. Und selbstverständlich brauchen wir auch das Stimmvolk. Der Gemeinderat kann nicht selber entscheiden, die demokratischen Zuständigkeiten sind klar und uns bewusst. Auf der anderen Seite höre ich, dass wir mit der Standortförderung marginal aufgestellt sind. Ich erinnere Sie daran, dass es der Einwohnerrat war, der die Standortförderungsgelder gekürzt hat. Sie haben uns nicht bewilligt, die Stelle aufzubauen, so wie wir es Ihnen im Konzept vorgelegt haben. Es war nicht der Gemeinderat. Das möchte ich doch mit auf den Weg geben, falls der eine oder andere Gedankengang der letzten Jahre vergessen ging.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass auch Massnahmen auf der Ertragsseite gefasst werden sollen. Auch die Massnahmen zum Thema der Nachhaltigkeit wurden von Ihnen positiv aufgefasst. Der grösste Treiber zu diesem Thema ist die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung. Wenn man uns vorwirft, wir hätten dies noch nicht umgesetzt, dann ist das nicht ganz richtig. Der Einwohnerrat hat das Räumliche Entwicklungsleitbild diskutiert und zur Kenntnis genommen. Alle Fraktionen haben Vertretende in die Planungskommission delegiert. Diese Mitglieder können Sie informieren, wie der Stand der Dinge ist und woran wir gerade arbeiten. Monatlich finden Kommissionssitzungen statt, an denen wir kontrovers über die verschiedenen Themen diskutieren. Eine Revision der Nutzungsplanung dauert Jahre, und wir sind sie angegangen. Das ist der grösste Treiber für die Entwicklung der Gemeinde, auch im Sinne der massvollen Innenentwicklung, was auch einen Einfluss auf das Steuersubstrat haben wird. Ob Sie die Ziele zurückweisen oder nicht: der Gemeinderat wird an diesen Themen weiterarbeiten. Es ist unsere Aufgabe! Im Sinne der Argumentation bitte ich Sie, das Legislaturprogramm nicht zurückzuweisen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 13 Ja : 20 Nein und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Rückweisungsantrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

Burger Alain: Heute ist es genau 2'618 Tage her, seit ich eine Motion betreffend Einführung von Legislaturzielen eingereicht habe. Im Rat wurde sie mit 34:10 Stimmen

überwiesen, in der neuen Gemeindeordnung mit 82 % angenommen und heute Abend genehmigen wir also zum ersten Mal die Legislaturziele des Gemeinderats. Ich danke dem Gemeinderat und speziell im Gemeindeammann Roland Kuster für die positive Entwicklung in dieser Sache. Und auch wenn es im Vorfeld Diskussionen gab, so denke ich, ist mit den sechs Schwerpunkten eine Schärfung gelungen, vielleicht gerade, weil wir die Ziele nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern weil wir sie heute genehmigen können. Das ist nicht dasselbe. Entscheiden wir heute also, ob wir in Wettingen zusammen mit dem Gemeinderat weiterhin nach den Sternen greifen wollen oder ob die Abschaltung der Weihnachtsbeleuchtung erst der Anfang war. Oder ob wir uns irgendwo dazwischen wiederfinden können. Diskutieren wir heute Abend aber die Schwerpunkte und nicht die Details. Das machen wir bereits beim Rechenschaftsbericht und beim Budget. Darum müssen Legislaturziele auch nicht vollständig sein. Der Rechenschaftsbericht und das Budget sollen vollständig sein.

Die Legislaturziele setzen Schwerpunkte. Es muss auch kein Abbild von früher sein. Sie können alle vier Jahre neu definiert werden. Damit erfolgreiche Politik funktioniert, braucht es ein optimales Zusammenspiel zwischen Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung. Oder um bei den Worten des Gemeinderats zu bleiben: Nur gemeinsam stemmen wir die Herausforderungen der Zukunft. Ich bin überzeugt, dass uns allen die Auseinandersetzung mit den vorliegenden Legislaturzielen guttut und ich bin gespannt auf den weiteren Verlauf der Beratungen.

Detailberatung

Seite 6. Finanzen

Ernst Manuela: Wir beantragen die Ergänzung des Legislaturziels mit folgendem Satz: "Die gemeindeeigenen Aktiengesellschaften sind angehalten, die Gemeinde beim Erreichen des Selbstfinanzierungsgrades sowie dem Abbau der Schuldenlast zu unterstützen."

Scherer Kleiner Leo: Ich bitte euch, den Antrag aus zwei Gründen abzulehnen. Erstens steht in der Gemeindeordnung, dass wir die Legislaturziele genehmigen. Dies beinhaltet, dass wir die Ziele genehmigen oder teilweise oder ganz nicht genehmigen. Wir können die Genehmigung einzelner Ziele verweigern. Was wir aber aus meiner Sicht nicht können, ist neue Ziele zu definieren, die der Gemeinderat nicht von sich aus gebracht hat. Zweitens – und in diesem Fall noch gewichtiger – sind die gemeindeeigenen selbständigen juristischen Personen selbständig. Wir können diesen Aktiengesellschaften nichts vorschreiben. Wir können sie allenfalls auflösen und deren Vermögen wieder ins Verwaltungsvermögen übernehmen. Wenn wir das aber nicht wollen, können wir den selbständigen juristischen Personen überhaupt nichts vorschreiben. Bitte lehnen Sie den Antrag ab.

Wassmer Christian: Ich habe durchaus ein Stück weit Verständnis für dieses Anliegen. Ich möchte anregen, dass die Gemeinde Wettingen eine konsolidierte Gesamtrechnung erstellt. Es soll aufgezeigt werden, wie die finanzielle Lage der Gemeinde inkl. den gemeindeeigenen Aktiengesellschaften aussieht. Dies macht der Bund ebenfalls so mit seinen eigenen Aktiengesellschaften (z. B. Swisscom, SBB etc.). Dies kann mit wenig Aufwand erstellt werden und wurde schon vor Jahren von der FIKO angeregt. Ich würde mir dies sehr wünschen und könnte dazu auch einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Aber eventuell nimmt der Gemeinderat dieses Votum somit auf. Der vorliegende Antrag, der das Geld nur "von der einen Hosentasche in die andere" verschiebt, macht keinen Sinn, eine gesamthaft Aufstellung hingegen schon.

Gähler Judith: Die FDP-Fraktion wird keine Anträge unterstützen, da es nicht unsere Aufgabe ist, die Legislaturziele des Gemeinderats zu formulieren.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 8 Ja : 34 Nein und 3 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Ergänzung des Legislaturziels "Finanzen" wird abgelehnt.

Seite 12 Bildung

Ernst Manuela: Wir beantragen die Beibehaltung des folgenden Leitsatzes aus dem letzten Legislaturprogramm: "Wettingen unterstützt den Grundsatz der Vereinbarkeit von Familie und Beruf." Folgerichtig muss die Schlüsselmaßnahme zum Konzept Tagesschule ebenfalls verschoben werden.

Burger Alain: Uns ist nicht klar, weswegen das Konzept Tagesschule verschoben werden muss?

Ernst Manuela: Die Schlüsselmaßnahme zum Konzept Tagesschule passt thematisch besser zu diesem neuen Leitsatz.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Unser Ziel war es, das Legislaturprogramm zu vereinfachen bzw. zu entschlacken. Wir sind der Meinung, dass das Kinderbetreuungsgesetz einen gesetzlichen Auftrag liefert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Aus diesem Grund wurde die Formulierung weggelassen. Ich bitte Sie, den Antrag deshalb nicht zu unterstützen.

Scherer Kleiner Leo: Für mich würde die Aufnahme der Ergänzung nur Sinn machen, wenn für die Tagesschule nicht nur ein Konzept vorliegen, sondern das Projekt bereits umgesetzt sein muss. Denn das würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele Einwohnerinnen und Einwohner wirklich verbessern. Aber Hand aufs Herz: Es muss euch klar sein, dass dies nicht ohne Steuerfusserhöhung geht. Nur schöne Worte zu sprechen, aber nicht bereit sein, die nötigen finanziellen Mittel für die Aufgabenbewältigung zur Verfügung zu stellen, ist eine Scheinpolitik.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Tagesschule ein Bestandteil der Masterplanung Schulraum ist. Die baulichen Anforderungen einer Tagesschule sind in die Planung miteingeflossen. Wir alle wissen, dass die Masterplanung nicht innerhalb von vier Jahren umgesetzt sein wird. Als erstes soll aber nun dazu ein entsprechendes Konzept erarbeitet werden. Anders ist dies momentan leider nicht möglich. Ansonsten teile ich die Auffassung von Leo Scherer.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 8 Ja : 36 Nein und 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Ergänzung des Legislaturziels "Bildung" wird abgelehnt.

Seite 12 Verkehr

Ernst Manuela: Zu Seite 12 Verkehr: Wir beantragen die Ergänzung des Leitsatzes "Tempo 30 innerorts ist flächendecken anzustreben".

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich bitte Sie, den Antrag aus folgenden Gründen abzulehnen: Im KGV (kommunaler Gesamtplan Verkehr) sind bereits zahlreiche und differenzierte Tempo 30-Zonen ausgewiesen. Der Gemeinderat hat keine Absicht, eine Flächendeckende 30-Zone in Wettingen einzuführen. Insbesondere deshalb, weil wir die Auswirkungen des regionalen Gesamtverkehrskonzepts noch nicht kennen. Diese Ergebnisse müssen zuerst abgewartet werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 9 Ja : 27 Nein und 9 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Ergänzung des Legislaturziels "Verkehr" (Tempo 30) wird abgelehnt.

Seite 12 Verkehr

Ernst Manuela: Die Schlüsselmaßnahme "Die Sicherheit des Langsamverkehrs wird erhöht und die Erreichbarkeit für den Fuss- und Veloverkehr in einem Konzept gesichert" soll mit "und umgesetzt" erweitert werden.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Auch hier sind wir auf die Ergebnisse der regionalen Verkehrsplanung angewiesen. Es ist deshalb nicht realistisch, dass ein entsprechendes Konzept innerhalb von vier Jahren bereits umgesetzt. Auch hier bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 11 Ja : 30 Nein und 4 Enthaltungen folgenden Beschluss:

Der Antrag der glp-Fraktion auf Ergänzung des Legislaturziels "Verkehr" (Langsamverkehr) wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 28 Ja : 16 Nein und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

Das Legislaturprogramm 2023/2026 wird genehmigt.

3 Regionalpolizei Wettingen-Limmattal; Revision Gemeindevertrag; Genehmigung (2022-0968)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Einwohnerrat hat den Traktandenbericht, den neuen Gemeindevertrag sowie die Synopse mit den Änderungen erhalten. Die Gemeindeversammlungen von Bergdietikon, Killwangen, Neuenhof, Spreitenbach und Würenlos haben dem Vertrag bereits zugestimmt.

Huser Michaela: Die GPK hat sich intensiv mit dem neuen Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit für die Regionalpolizei Wettingen-Limmattal auseinandergesetzt. Die Kommission bedankt sich beim Gemeindeammann für die Beantwortung der Fragen, die gemeinsame Besprechung sowie für sein Engagement im Rahmen der Ausarbeitung des neuen Vertrags. Wir sind uns bewusst, dass es intensive Diskussionen mit den Vertragsgemeinden waren.

Es war wichtig, die Neuausarbeitung des Vertrags anzugehen. Der bestehende Vertrag war seit dem 1. Januar 2013 – seit der Inbetriebnahme der Regionalpolizei – in Kraft. Seit damals hat der Verteilschlüssel der Kosten immer wieder zu Diskussionen Anlass gegeben. Der neue Verteilschlüssel basiert auf objektiven und transparenten Kriterien und somit auf den Einwohnerzahlen der entsprechenden Gemeinden. Es herrscht nun eine klare Ausgangslage. Die massive finanzielle Entlastung von Wettingen ist sehr erfreulich.

Es ist zu erwähnen, dass Wettingen für einen sauberen Abrechnungsprozess besorgt sein muss, um auch Drittleistungen gemäss Vertrag sauber abrechnen zu können. Die künftige Rechnungsprüfung liegt in der Kompetenz der FIKO. Die GPK wird im Rahmen des Rechenschaftsberichts die entsprechenden Tätigkeiten prüfen. Nebst der Anpassung des Verteilschlüssels waren die grössten Anpassungen, dass es künftig nur noch einen Vertrag geben wird, statt mit jeder einzelnen Gemeinde, und, dass der Polizeiposten Spreitenbach geschlossen wird. Ansonsten gab es noch kleinere Anpassungen. An der Aufgabenzuteilung und der Patrouillentätigkeit ändert sich nichts. An dieser Stelle geht der beste Dank an die Regionalpolizei für ihren täglichen und auch nächtlichen Einsatz. Wie bereits erwähnt wurde, haben alle anderen Gemeinden den neuen Vertrag bereits genehmigt.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Einwohnerrat mit 7:0 Stimmen bei 7 Anwesenden den Gemeindevertrag zu genehmigen.

Campino Damien: Nach Sichtung des Traktandenberichts und des Gemeindevertrags über die polizeiliche Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden können wir von der Fraktion FDP folgendes zurückmelden:

Gesamtsicht: Sicherheit ist für die Fraktion FDP ein hohes Gut. Die Regionalpolizei Wettingen-Limmattal sorgt für diese Sicherheit. Dafür danken wir. Wir danken auch dem Gemeinderat für das Aushandeln des neuen Vertrags. Die jährlichen Ersparnisse von gut einer Viertelmillion Franken ist für Wettingen erfreulich und in dem Sinne auch, dass alle Vertragsgemeinden dem Vertrag zugestimmt haben. Mit dem Verteilschlüssel gemäss Einwohnerzahlen wird ein Schritt in die richtige Richtung gemacht, was eine fairere Aufteilung anbelangt. Weshalb konnte das nicht schon von Anfang an so umgesetzt werden? Die Schliessung des Polizeipostens in Spreitenbach ist im Jahr 2021 schon geschehen. Dies scheint uns nach wie vor sinnvoll.

Mehrkosten: Wir möchten anmerken, dass nicht alle Kosten verteilt werden. Die Mehrkosten für die Räumlichkeiten, HR und weitere Aufwände – siehe Traktandenbericht – sind nicht Teil von der Aufteilung. Warum wurde dies nicht berücksichtigt?

Verteilschlüssel: Obwohl die Einwohnerzahl als Verteilschlüssel für die Bruttokosten einfach und fair scheint, fragen wir uns, ob das der einzige Kostenfaktor ist. Die Kriminalitätsrate könnte z. B. einen Einfluss auf den Aufwand haben und müsste sinngemäss ein weiterer Faktor im Verteilschlüssel sein.

Für die Fraktion FDP ist Revision des Gemeindevertrags wegen den Mehrkosten nicht umfassend stimmig, aber ein guter Start. Wir regen an, den Vertrag nach seiner Laufzeit von 5 Jahren weiter zu optimieren. Der wichtige und grosse Ausgleich ist mit dieser Revision aber geschehen. Wir stimmen dem Vertrag zu.

Gujer Mia: Wer unsere Fraktion im letzten Jahr beobachtet hat, weiss, dass wir immer genau hinschauen und auch nicht davor zurückscheuen, unangenehme Themen anzusprechen. Die Fraktion SP/WelliGrüne hat auch beim Gemeindevertrag genau hingeschaut und es bleibt uns nur etwas zu sagen: gut gemacht! Gerne gratulieren wir Roland Kuster und allen Beteiligten zu den erfolgreichen Verhandlungen. Die Tatsache, dass die anderen Gemeinden dem Vertrag zugestimmt haben, unterstreicht diesen Erfolg noch. Gleichzeitig möchten wir davor warnen, die Neuverhandlung von bestehenden Verträgen als Heilmittel gegen das angeschlagene Budget zu verwenden.

Steinmann Sarah: Die glp-Fraktion bedankt sich ebenfalls beim Gemeinderat für die Ausarbeitung des neuen Vertrags. Insbesondere begrüssen wir die Aufteilung der Kosten nach Einwohnerzahl sehr und erachten dies als sinnvoll.

Der Vertrag wurde gut verhandelt und bringt für Wettingen grosse finanzielle Einsparungen. Positiv zu werten sind sicher auch die Zustimmungen der anderen Vertragsgemeinden. Wir stellen uns auch die Frage, ob bei anderen Leistungsvereinbarungen Potential für Einsparungen vorhanden sind. Die glp-Fraktion begrüsst es, wenn der Gemeinderat auch künftig bei anderen Leistungsvereinbarungen prüft, ob eine Neuverhandlung sinnvoll wäre. Dem vorliegenden Vertrag stimmt die glp-Fraktion zu.

Notter Daniel: Gut gemacht, Roland Kuster! Als ehemaliges Mitglied der Finanzkommission weiss ich, dass der Verteilschlüssel schon längere Zeit immer wieder zu Diskussionen führte. Die Verhandlungen waren sicher nicht einfach. Es ist eine Kunst, als profitierende Gemeinde die anderen Gemeinden, die künftig mehr belastet werden, überzeugen zu können. Eine komplett fairen Verteilschlüssel wird es wohl nie geben. Natürlich könnte man die Anzahl Vorfälle miteinberechnen. Der bisherige Vertrag hatte dies ein Stück weit berücksichtigt. Dies war auf dem Papier in Ordnung, in der Praxis aber fast nicht umsetzbar.

Weiter ist es wichtig, dass die uns erwachsenen Kosten für die Regionalpolizei konsequent weiterverrechnet werden. Dies wurde in der Vergangenheit nicht immer ganz konsequent gemacht. Beispielsweise werden Protokosten nun immer weiterverrechnet. Aber auch Kosten für HR sollen weiterverrechnet werden. Da muss der Gemeinderat ein Auge darauf halten.

Wir hören von Gemeinderat immer wieder, dass wir bei den gebundenen Ausgaben nichts machen können. Das ist das beste Beispiel dafür, dass wir eben doch etwas an den gebundenen Ausgaben ändern können. Es lohnt sich, genau hinzuschauen. Ich bin überzeugt, dass noch weiteres Sparpotenzial bei anderen Ausgaben vorhanden ist.

Wassmer Christian: Diese Vorlage kommt wie ein Weihnachtsgeschenk daher. Der neue Gemeindevertrag spart der Gemeinde rund eine Viertelmillion jährlich, was immerhin einem halben Steuerprozent entspricht. Das macht zwar die geplante Steuererhöhung nicht wett, aber immerhin. Ich schliesse mich dem grossen Lob meiner Vorredner an den Gemeinderat an.

Wir sind der Meinung, dass wir bisher mit der Regionalpolizei vor Ort gut gefahren sind in Wettingen. Kosten sind massiv tiefer als es bei einer kantonalen Lösung der Fall gewesen wäre, es können viele Synergien genutzt werden und ein 7x24 Stunden Betrieb aufrechterhalten werden. Einziger Wehrmutstropfen ist die extrem schwierige Rekrutierung von Polizisten und Polizistinnen – da sind wir aber nicht allein. Der vorliegende Gemeindevertrag ist das Resultat vieler Verhandlungen mit den anderen Gemeinden. Das Budget und die Verrechnung von Leistungen war immer wieder Thema in der FIKO. Daniel Notter hatte einen guten Job gemacht nach dem Motto "steter Tropfen höhlt den Stein". Nun haben wir erstens einen neuen Verteiler, einzig basierend auf der Einwohnerzahl und zweitens wurden mehr Kosten verursachergerecht der Polizei zugeordnet. Die Fälle zu berücksichtigen, wie von Damien gefordert, ist übrigens keine gute Idee, denn das hatten wir bisher und ist sicher nicht zu unserem Vorteil. Wir möchten dem Gemeinderat ebenso in aller Deutlichkeit mit auf den Weg geben, dass wir erwarten, dass künftig sämtliche Kosten, auch indirekte, verursachergerecht zugeordnet werden müssen und in die Vollkostenrechnung einfließen. So dass alle Verursacher anteilmässig mitfinanzieren. Ich denke da z. B. an die Buchhaltung, Personal, Ressortvorsteher, marktgerechte

Raummiete, Unterhalt etc. Das betrifft nicht nur die Repol, sondern jegliche Leistungen, die wir für Dritte erbringen, wie etwa die Schulsozialarbeit, Musikschule, Bibliothek, HPS, Schulgeld etc. In vielen Fällen sieht man beim zweiten Blick, dass nicht alle Kosten zu unserem Vorteil weiterverrechnet werden. Es sollen alle Kosten mitberücksichtigt werden.

Alle Gemeinden, unterdessen inklusive Würenlos, haben dem neuen Vertrag zugestimmt und wir sollten dies heute Abend ebenfalls tun. Die Mitte-Fraktion unterstützt dies einstimmig.

Scherer Kleiner Leo: Sie fragen sich, warum war man 2011 so "saublöd", dass man nicht von Anfang an die Kosten gemäss der Einwohnerzahl verteilt hat? Der damalige Ansatz war eigentlich gerechter als der, den wir jetzt vereinbaren. Natürlich ist es schön und einfach, wenn man pro Kopf der Bevölkerung vorgeht. Aber die Aufgabenlast der Polizei, die sie je nach Gemeinde oder sogar Quartier hat, ist nicht überall gleich. Es gab damals eine Verordnung mit dem wunderbaren Namen "Polizeiabgeltungsverordnung", die vom 6. September 2006 stammte. Nach diesem Prinzip wurden die ursprünglichen Verträge gemacht. Neben der Berücksichtigung der Einwohnerzahl, hat diese Verordnung auch die Anzahl Anzeigen nach Strafgesetzbuch pro Jahr miteinbezogen. Als weiteres Kriterium nahm man die Verkehrsunfälle pro Jahr hinzu. Es ist schön, dass sich die anderen Gemeinden davon überzeugen lassen konnten, die Kosten nur noch nach Einwohner zu verteilen. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass wir denen eigentlich Danke sagen müssen. Eigentlich fahren Bergdietikon oder Würenlos weniger gut, weil deren tiefe Polizeilast nicht mehr abgebildet wird im Verteilschlüssel. Die damalige Verordnung hatte vier Kategorien, die beim Einkauf von polizeilichen Leistungen bei der Kantonspolizei angewendet wurden. Städtische Gemeinden (z. B. Wettingen) Fr. 180 pro Einwohner, Agglomerationsgemeinden (z. B. Neuenhof) Fr. 70 pro Einwohner oder ländliche Gemeinden Stufe 1 bzw. 2 mit Fr. 40 bzw. Fr. 30 pro Einwohner. Bergdietikon wurde sicher als ländliche Gemeinde eingestuft. Ich war bei den damaligen Verhandlungen dabei. Damals wollte bzw. musste man dieses Regionalpolizeikonstrukt unbedingt erstellen. Wettingen hatte damals politisch bewusst der Übernahme von Mehrkosten zugestimmt, damit die anderen Gemeinden mitmachen. Es war aber sicher sinnvoll, den Vertrag zu überprüfen. Und ich bin auch froh, dass die Fr. 250'000 für andere Aufgaben in Wettingen eingesetzt werden können und nicht im Polizeitopf enden. Es ist aber ein Irrglaube, dass dies noch zehn- oder zwanzigfach wiederholt werden kann. Es ist eine Einmaligkeit im Polizeibereich.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Im Namen des Gemeinderats bedanke ich mich für das ausgesprochene Lob. Wir betrachten dies als eines der Päckli, die am 24. Dezember unter dem Baum liegen.

Schlussabstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Dem Gemeindevertrag über die polizeiliche Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Bergdietikon, Killwangen, Neuenhof, Spreitenbach, Wettingen und Würenlos wird zugestimmt und per 1. Januar 2024 in Kraft gesetzt.

- 4 **Postulat Hiller Yvonne, glp, Burger Alain, SP, Streif Hannes, glp, Kleger Andrea, glp, Bonadei Marco, SP, Müller Heinrich, SP, Andres Schürch Marie-Christine, Die Mitte CVP, Huser Michaela, SVP, Urfer Katharina, SP, Palit Orun, glp, Savic Ema,**

WettiGrüen, Keller Marco, glp, vom 8. September 2022 betreffend Wegbegleitung Mittagstisch im Zyklus 1; Ablehnung (2022-1848)

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Der Gemeinderat lehnt das Postulat ab.

Streif Hannes: Auf allen Kantonsstrassen in Wettingen fahren täglich mehr als 10'000 Fahrzeuge. Wir haben eine Gesellschaft erschaffen, in denen wir unsere Kinder reflektierend und in Leuchtfarben anziehen müssen, damit sie sichtbar sind. Die vom Postulat aufgeworfenen Frage ist, ob die Wege zwischen Kindergarten bzw. Schule und den Tagesstrukturen für vier- bis acht-jährige Kinder zumutbar sind. "Ja", wenn es nach dem Gemeinderat geht. Dieser Auffassung widersprechen viele Eltern mit Recht, denn sie ist falsch. Ich präsentiere Ihnen die Perlen dieser Antwort und zeige Ihnen Beispiele auf, die die Rhetorik des Gemeinderats entlarven. Weiter zeige ich Ihnen auf, wie eine Betreuungslücke wegargumentiert wird, obwohl sie vorliegt. Und ich zeige Ihnen auf, wie man eine Verantwortung, die man rechtlich und politisch übernehmen müsste, einfach abschiebt.

Zuerst präsentiert der Gemeinderat eine teure Lösung – das schreckt ab. Es gäbe aber günstigere Lösungen wie Lotsen oder punktuelle Begleitung. Eines ist klar: am Schluss kostet es, was es kostet. Es ist eine Investition. Der Gemeinderat schreibt: "Das Kinderbetreuungsgesetz (KiBeG) weist auf die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme von familienergänzenden Betreuungsangeboten hin. Dadurch liegt es im Ermessen der Eltern, ob sie den Weg zwischen Schulort und Tagesstruktur für ihre Kinder als zumutbar erachten." Mit Blick auf die Botschaft zum KiBeG erfährt man, dass hier einzig unterschieden wird zwischen freiwillig und obligatorisch. In die Schule gehen ist Pflicht, die Tagesstrukturen nutzen ist freiwillig. Und nun kommt der rhetorische Trick. Weil man in die Schule muss, muss auch der Schulweg zumutbar sein. Weil man den Mittagstisch nutzen kann, können auch die Eltern entscheiden, ob der Weg dahin zumutbar ist oder nicht. Das ist absolut nicht logisch. Richtig wäre, dass sobald ein Betreuungsangebot gewählt wird, dann übernimmt der jeweilige Standort die Funktion des Wohnorts des Kindes. Das Kriterium der Zumutbarkeit des Wegs zwischen dem Kindergarten bzw. Schule und der Betreuung gilt somit auch hier.

Weiter führt der Gemeinderat aus, dass es trotz der Nähe der einzelnen Tagesstrukturen vorkommt, dass einige Kinder nicht in die nächstgelegene Örtlichkeit eingeteilt werden. Selbst wenn die Eltern die Zumutbarkeit beurteilen müssten, wie sollen sie das machen, wenn sie bei der Anmeldung des Kindes keine Ahnung haben, an welchem Standort das Kind betreut werden wird? Wenn man keine eigenen Kinder hat, kann man sich nicht vorstellen, wie es bei der Einschreibung der Kinder für die Betreuung vor sich geht. Da sitzen Sie an einem Tag im Jahr mit schwitzigen Fingern auf F5 um 8 Uhr morgens vor dem Computer und hoffen, dass Sie den Betreuungswunsch möglichst schnell eingeben können. Wenn Sie zwei Kinder haben, drücken beide Eltern simultan auf F5. Und wenn Sie drei Kinder haben, wünschen Sie sich, sie hätten damals den Fernseher gekauft. Der Gemeinderat zitiert Bundesrecht: "Der Weg zwischen Wohnort und Schule darf weder zu gefährlich noch zu weit sein." Anschliessend listet er die Kindergarten- und Schulstandorte auf und misst die Distanzen zu den Betreuungsstandorten. Das Kriterium der Gefährlichkeit ist nun plötzlich kein Thema mehr. Vor einer halben Minute war es noch hier. Niemand weiss, wo es hingegangen ist. Der Trick dahinter ist Verschweigen und Hoffen. Alle aufgeführten Wegstrecken wurden aus Google entnommen und entsprechen einem Gehtempo einer erwachsenen Person. Wenn Sie je mit einem Kindergartenkind unterwegs waren, dann wissen Sie, dass die Bewältigung einer Strecke sehr viel länger dauern kann. Wirklich relevant hingegen ist doch, welche Hindernisse sich auf dem Weg befinden. Beispielsweise befinden sich auf dem Weg vom Kindergarten Rosenau

zum Tagesstern Zentral die Tödistrasse – mit viel Zubringerverkehr zum Coop Tägipark – und die Bahnhofstrasse mit Tempo 50. Ein vierjähriges Kind kann diese Gefahren schlichtweg nicht abschätzen. Gleiches gilt für den Weg vom Kindergarten Langenstein – über die Landstrasse mit 10'000 Fahrzeugen pro Tag – ins Altenburg. Oder vom Kindergarten Mattenstrasse über die Zentralstrasse ins Altenburg.

"Der Gemeinderat ist überzeugt, dass Kinder ihren Schulweg selbstständig bewältigen können und so lernen Gefahren zu erkennen und Verantwortung zu übernehmen." Natürlich, das hoffen wir alle. Wir sind aber nicht gewillt in Kauf zu nehmen, dass das vierjährige Kind eine Motorhaube kennenlernt und wollen dafür auch die Verantwortung nicht übernehmen. Es sind somit bei weitem nicht alle Wege zumutbar. Darum soll die Gemeinde diese Verantwortung übernehmen und die Betreuungslücke zu schliessen. Es geht nicht an, diese Verantwortung auf die Eltern zurückzuschieben. Diese sind dann ja gerade nicht anwesend, weil sie arbeiten. Wenn von den Eltern erwartet wird, bei Schulschluss präsent zu sein, um dem Kind zu sagen, welcher Wochentag heute ist, in welche Betreuung es gehen soll und dann auch noch gleich die Wegbegleitung übernehmen sollen, dann wird die Fremdbetreuung jeden Sinnes beraubt. Hier schliesst sich der Kreis zum Kinderbetreuungsgesetz Art. 1: Die familienergänzende Kinderbetreuung bezweckt die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit oder Ausbildung zu erleichtern. Die Frage lautet nun: Wollen Sie das auch? Wenn Sie das auch wollen, dann stimmen Sie bitte Nein. Wir halten am Postulat fest.

Burger Alain: Für die Fraktion SP/WettiGrüen ist der Fall eigentlich klar: familienergänzende Kinderbetreuung ist Service Public; qualitativ hochstehend, leicht zugänglich und bezahlbar. Denn gute und bezahlbare Kinderbetreuung ist Voraussetzung für die Gleichstellung und führt zu mehr Chancengerechtigkeit. Weil es die Bildungschancen erhöht, weil es die Erwerbstätigkeit der Eltern ermöglicht, weil es den Wirtschaftsstandort stärkt, weil es sich lohnt.

Das Ganze hat ein Preisschild: So stimmte die Stadt Zürich im September der flächendeckenden Einführung von Tagesschulen deutlich zu. Das kostet die Stadt jährlich 126 Millionen Franken. Klar lohnt sich das langfristig. Doch zuerst muss man investieren. Von flächendeckenden Tagesschulen ist Wettingen weit entfernt. Da hilft auch eine neue Limmattalbahn nicht. Gratis wird es hochwertige Kinderbetreuung aber auch bei uns nicht gehen. Dabei sollte Wettingen grossen Wert auf eine gute Kinderbetreuung legen, auch ausserhalb der Familie. Die schulergänzende Betreuung sollte sich, wenn immer möglich, im Schulhaus befinden. Die Masterplanung wird uns hierbei helfen. Falls die Betreuung nur in der Nähe oder Ferne des Schulhauses möglich ist, falls gefährliche Strassen überquert werden müssen, egal wie lange der Weg ist, muss eine Wegbegleitung zwischen Kindergarten und Betreuungseinrichtung organisiert werden. In anderen Gemeinden ist dies bereits so.

Und wer sagt, die Eltern seien in der Verantwortung und sollen die Kinder vom Kindergarten in die Mittagsbetreuung begleiten, muss wohl bei der familienergänzenden Kinderbetreuung an ein subventioniertes Kinderdepot für golfende Eltern denken. Die Realität ist eine andere. Nicht alle in Wettingen sind privilegiert. Und nicht alle wohnen nur wegen dem Steuerfuss hier.

Die Fraktion SP/WettiGrüen würde mehrheitlich im Postulat zustimmen. Doch Wegbegleitung kostet. Einnahmen fehlen. Die Bereitschaft des Einwohnerrats Mehrkosten auch mitzutragen ist unklar. Warum soll der Gemeinderat mit Steuergeldern, die unsere Gemeinde nicht hat, einen Vorschlag ausarbeiten, den wir beim Budget nicht wollen? Wir sind uns uneins. Nicht wegen der familienergänzenden Kinderbetreuung, aber wegen der Ambivalenz in diesem Rat.

Wahrstätter Margaretha: Die Kinder unterstützen im Lernen, den Weg vom Schulort zum Mittagstisch und zurück möglichst selbstständig machen zu können, das ist das Ziel. Ob ein Weg zumutbar ist für das Kind, hängt von vielen Faktoren ab und liegt in der Entscheidung der Eltern. Wo die Betreuung über Mittag und am Nachmittag stattfindet, das hängt auch von vielen Faktoren ab und kann nicht immer in optimaler Wegdistanz zum Schulort angeboten werden.

Es entstehen für die Wegbegleitung „tausend“ individuelle Bedürfnisse. Die Planung und Durchführung der Koordination einer flächendeckenden Begleitung wird zu einer äußerst zeitintensiven Aufgabe, bei der auch der Ausfall von Stunden und Kindern im täglichen Betrieb im Auge behalten werden muss. Im Bericht des Gemeinderates sind jährlich wiederkehrende Kosten für die Sicherung des Weges von knapp Fr. 120'000 ausgewiesen. Rein für den Lotsendienst noch ohne Koordination.

Was gibt es für Lösungsmöglichkeiten? Die Gemeinde übernimmt Lotsen und Koordination: das ist viel zu teuer. Im Bericht wurde auch auf den möglichen Ausbau der Tagesstrukturen hingewiesen. Es müsste möglich werden, die Anzahl der Betreuungsplätze den Gegebenheiten vor Ort (Kinder haben den kürzesten Weg zur Betreuung) anzupassen. Das muss sich mit der Zeit so einrichten lassen. Zusammenarbeit mit Freiwilligen, wie das von den Unterzeichnenden im Bericht angetönt ist im Thema Pedibus. Freiwillige begleiten Kinder individuell zu Fuss. Das gilt es zu prüfen und umzusetzen! Begleitung durch Freiwillige, das ist für mich eine prüfenswerte Möglichkeit in dieser Zeit, wo wir überall nach Optimierung Ausschau halten.

Bei den Freiwilligen, denke da an die vielen Seniorinnen und Senioren, die im Unterricht mithelfen, denen ihre Aufgabe sehr viel Freude und Genugtuung bringt – eine Win-win-Situation. Es gibt sehr viele rüstige Senioren und Seniorinnen mit viel Potential, das brachliegt und das entdeckt werden muss! Für die Begleitung im Sinne des Pedibus', ist Nachbarschaftshilfe angesagt. Für freiwillige Nachbarschaftshilfe gibt es die Genossenschaft KISS Nachbarschaftshilfe (KISS heisst: keep it small and simple). Als mögliche Lösung für die Wegbegleitung schlage ich vor, die Zusammenarbeit mit dieser Organisation KISS Nachbarschaftshilfe zu prüfen und aufzubauen. Das bedeutet, dass Familien die Bedürfnisse anmelden und KISS passende Personen für die Begleitung sucht. Das kann so aussehen, dass freiwillige Grosseltern, Nachbarn, Studierende zusammen die Begleitung so lange machen, bis die Kinder gelernt haben, sicher und selbstständig den Weg zu machen. So könnten Familien mit schulpflichtigen Kindern und Freiwillige aus nächster Nähe zusammenkommen, sich kennen lernen und einander unterstützen. Ein solches Begleitungs-Tandem kann ergänzt werden mit Familienmitgliedern und anderen verlässlichen Personen – Jung und Alt kommen zusammen und dieser Kontakt könnte auch in anderen Lebenslagen wirksam sein.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Lieber Hannes, ich bin mir bei deinem Plädoyer fast etwas wie vor Gericht vorgekommen. Leider kann ich rein vom Unterhaltungswert nicht so gut gegenargumentieren. Im Traktandenbericht haben wir versucht, die Fakten und die Situation der Schülerinnen und Schüler aufzuzeigen. Am Schluss sind es nur wenige Kinder, die einen weiteren Weg zur Betreuung machen und dabei eine gefährliche Strasse überqueren müssen. Wir wollten aufzeigen, dass wir versuchen, die Angebote lokal an den einzelnen Standorten aufzubauen und weiterzuentwickeln. Wir sind noch nicht ganz am Ziel damit. Wir möchten in die Infrastruktur investieren und nicht in eine Begleitungsorganisation die Ressourcen bindet, die für die Entwicklung der einzelnen Standorte benötigt werden. Die Wege sind bereits heute kurz und die Zahl der betroffenen Kinder ist eher klein. Da stellt sich die Kosten-Nutzen-Frage. Ich zweifle, ob ein flächendeckendes Belgetregime zielführend ist. Wir haben Abklärungen

bei Freiwilligen und auch Umfragen bei den Elternräten getätigt. Der Pedibus ist wirklich eine gute Sache. Wir mussten aber bei den Abklärungen auch feststellen, dass es kaum genügend freiwillige Personen gibt, um die Begleitung flächendecken einzuführen. Die Bestrebungen des Postulats wäre also schwer zu erfüllen. Selbstverständlich ist es am Schluss Ihre Entscheidung, ob wir eine flächendeckende Begleitung einführen wollen. Es ist Ihre Entscheidung, ob wir an den Zebrastreifen Lotsendienste installieren. Der Gemeinderat empfiehlt das Postulat nicht zu überweisen. Wir möchten uns auf den Ausbau der einzelnen Standorte konzentrieren.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja : 27 Nein folgenden Beschluss:

Das Postulat Hiller Yvonne, glp, Burger Alain, SP, Streif Hannes, glp, Kleger Andrea, glp, Bonadei Marco, SP, Müller Heinrich, SP, Andres Schürch Marie-Christine, Die Mitte CVP, Huser Michaela, SVP, Urfer Katharina, SP, Palit Orun, glp, Savic Ema, WettigRüen, Keller Marco, glp, vom 8. September 2022 betreffend Wegbegleitung Mittagstisch im Zyklus 1, wird abgelehnt.

5 Interpellation Bader Markus, SVP, vom 27. Januar 2022 betreffend Outsourcing (2022-0097)

Bader Markus: Ich bedanke mich für die ausführliche Beantwortung. Es wurde deutlich, was alles vorhanden ist. Ich bin der Meinung, dass noch einiges fehlt. Vielleicht müsste man die Kosten noch einmal überprüfen. Beispielsweise war die Reinigung der öffentlichen WC-Anlagen vor drei Jahren beim Werkhof angesiedelt und jetzt ist dies extern vergeben. Wahrscheinlich war es kein Ressourcenproblem, sondern es handelt sich einfach um eine nicht so tolle Aufgabe. Es ist lediglich ein kleiner Betrag. Aber viele kleine Beträge ergeben zusammen auch einen grossen Betrag.

Fischer-Lamprecht Lutz, Einwohnerratspräsident: Es sind nun alle Anwesenden herzlich zu einem Jahresend-Imbiss im Foyer eingeladen. Ich wünsche allen eine schöne restliche Adventszeit, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

Wettingen, 15. Dezember 2022

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrats

Einwohnerratspräsident

Lutz Fischer-Lamprecht

Gemeindeschreiber-Stv.

Sandra Thut